Ich rufe auf:

2 NRW feiert 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland!

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12051 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12156

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Petelkau für die Fraktion der CDU das Wort.

Bernd Petelkau*) (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen werden im nächsten Jahr die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland gewürdigt und die tiefe Verwurzelung in unserem Land aufgezeigt.

Nachweislich 1.700 Jahre bereichern jüdisches Leben und jüdische Kultur unsere Gesellschaft in vielfältigster Form. Sie sind über die Jahrhunderte zu einem integralen Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres kulturellen Lebens geworden.

Begonnen hat diese Entwicklung in Deutschland im Rheinland. Im Edikt von Kaiser Konstantin, das sich heute in Obhut des Vatikans befindet, wird belegt, dass es bereits im Jahr 321 eine jüdische Gemeinde in Köln gegeben hat.

Heute, 1.700 Jahre später und 75 Jahre nach dem Ende der Schoah, wird jüdisches Leben in Deutschland wieder bedroht. Der Antisemitismus lebt in Deutschland genau wie in vielen anderen europäischen Ländern leider wieder auf.

Dem müssen und werden wir als demokratische Partei weiterhin entschieden entgegentreten. Der Schutz des vielfältigen jüdischen Lebens als einem selbstverständlichen Baustein unserer Gesellschaft hat für uns höchste Priorität und muss weiterhin unterstützt werden.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb begrüßen wir die Aktivitäten des Vereins „321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“, der mit einem Themenjahr einerseits an die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland erinnern und andererseits das aktuelle jüdische Leben in unserem Land einer breiten Öffentlichkeit nahebringen will.

Gerade diese positive Wahrnehmung führt zu Respekt und Anerkennung der vielfältigen Leistungen jüdischer Bürgerinnen und Bürger und ist damit ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft.

Mit unserem Antrag möchten wir die Landesregierung unter Federführung der Staatskanzlei bitten, die Aktivitäten von „321“ durch die Entwicklung und Förderung von Projekten in Nordrhein-Westfalen über einen Kooperationsvertrag zu unterstützen und damit das Festjahr 2021, soweit es das Pandemiegeschehen am Ende zulassen wird, angemessen zu begleiten. Mit unserem heutigen Haushaltsantrag haben wir das erforderliche Budget von 500.000 Euro für eine erfolgreiche Umsetzung geschaffen.

Abschließend möchte ich den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür danken, dass wir diesen Antrag der NRW-Koalition in einer gemeinsamen Form stellen konnten und damit die große Geschlossenheit unseres Hohen Hauses in dieser Frage fortsetzen können.

Für die kommenden Festtage und den bevorstehenden Jahreswechsel wünsche ich Ihnen alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Für die FDP erteile ich nun der Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jüdisches Leben in unserem Land kann auf eine lange Geschichte zurückblicken: Mehr als 1.700 Jahre sind Menschen jüdischen Glaubens in dieser Gesellschaft verankert und Teil dieser Gesellschaft.

Allerdings ist auch diese lange gemeinsame Geschichte immer wieder von gewaltvollen Abbrüchen geprägt worden, die viel Leid über Menschen jüdischen Glaubens und die jüdischen Gemeinden gebracht haben. Das reicht von den ersten großen Pogromen im Jahr 1096, die wie viele weitere im Mittelalter im Zeichen christlicher Judenfeindschaft standen, bis hin zum rassistischen Antisemitismus, der mit der Schoah zur unfassbaren Vernichtung des größten Teils des europäischen Judentums geführt hat.

Für uns Deutsche entsteht aus diesen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Unter-

stützer eine dauerhafte Verantwortung und Verpflichtung.

Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung zum „Nie wieder“. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, allen Anfängen menschenverachtender, gruppenbezogener Hetze und Gewalt entschieden entgegenzutreten.

Es ist aber auch unsere Verantwortung, für die Sicherheit der Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland und für deren freies, unbeeinträchtigtes Leben in Deutschland Sorge zu tragen. Antisemitismus egal welcher Prägung darf bei uns keinen Platz haben. Ich darf hinzufügen: übrigens auch nicht unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit.

Zugleich dürfen wir nicht den Fehler machen, unser Verhältnis zu den hier lebenden jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nur über die Perspektive auf die Schoah zu definieren. Das wäre historisch falsch, und es wäre besonders für unser heutiges Zusammenleben falsch.

Jüdisches Leben in Deutschland ist enorm vielfältig und reicht von den jüdischen Gemeinden der verschiedenen Ausprägungen bis hin zu den säkularen, religiös nicht gebundenen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern. Sie alle tragen zum kulturellen Reichtum unseres Landes bei.

Wir sind uns sehr bewusst, dass das nach den unvorstellbaren Verbrechen keine Selbstverständlichkeit ist.

Umso mehr ist es ein großes Glück, dass wir heute sagen können: Jüdisches Leben ist in Nordrhein-Westfalen ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft – wieder und sehr lebendig.

Allerdings – das gehört auch dazu – hat man das mit noch viel größerer Berechtigung am Anfang des 20. Jahrhunderts sagen können, und das was danach passierte, schien vielen doch bis zuletzt völlig unmöglich.

Die Geschichte lehrt uns aber, dass es eben nicht unmöglich war. Nichts ist einfach garantiert, und deswegen ist dieses aktive jüdische Leben in unserer Gesellschaft auch keine Selbstverständlichkeit.

Wenn wir nicht immer wieder neu für unsere Demokratie kämpfen, für die Werte unseres Grundgesetzes, für die grundlegenden Regeln von Respekt und Achtung gegenüber allen Menschen, wenn wir nicht für die Ächtung individueller und gruppenbezogener Hetze und Ausgrenzung kämpfen, stehen auch wir immer wieder in der Gefahr, dass wir all dieses gemeinsam Erstrittene und gemeinsam Erkämpfte wieder verlieren.

Deshalb ist es auch wichtig, das Gemeinsame zu betonen. Deshalb ist es richtig, dass wir die lange Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland würdigen und gemeinsam das Verbindende stärken und eben auch miteinander feiern, auch wenn das in Zeiten der Pandemie sicherlich eine besondere Herausforderung ist.

Wir werden hoffentlich die Gelegenheit finden, das im kommenden Jahr gemeinsam zu begehen, denn als Landtag von Nordrhein-Westfalen wollen wir ein klares Zeichen setzen, dass wir froh sind über das aktive und vielfältige jüdische Leben in unserem Land. Wir möchten, dass jüdische Religion und Kultur auch einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Allen, die das anders sehen, werden wir entschlossen entgegentreten.

In diesem Sinne wünsche ich noch gesegnete Chanukkatage und uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die SPD spricht nun Frau Kollegin Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über 1.700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland reden, blicken wir einerseits mit großer Freude und Dankbarkeit auf dieses Jubiläum, gleichzeitig aber auch mit sensibler Nachdenklichkeit und aufmerksamer Wachsamkeit.

Wer sich mit 1.700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland beschäftigt, weiß, dass wir vor einem Jahr mit sehr vielen ganz unterschiedlichen Aktionen, Veranstaltungen und Beiträgen stehen.

Gerade das Parlament ist als Volksvertretung in besonderer Weise dazu aufgerufen, dieses Jubiläumsjahr zu begleiten und zu würdigen. Genau das wollen wir heute mit dem vorliegenden Antrag tun: Wir begleiten, wir würdigen, wir unterstützen, und im nächsten Jahr wollen wir dann auch gemeinsam feiern.

Deshalb freuen wir uns sehr, dass es heute erneut zu einem gemeinsamen Antrag von vier Fraktionen gekommen ist, denn eine gemeinsame Positionierung der Parteien, die selbst auf eine lange demokratische und parlamentarische Geschichte zurückblicken können, ist eine unmissverständliche und eindeutige Botschaft gerade zum Ende dieses Jahres.

Mit unserem gemeinsamen Antrag senden wir ein starkes Zeichen der Solidarität. Wir machen deutlich, dass jüdische Deutsche unverrückbar Teil unserer Gesellschaft sind. Genau so beschreibt es nämlich der Verein „321“ als eines der zentralen Ziele des Jubiläumsjahres.

In den letzten Jahren haben wir hier im Plenarsaal häufig über unser Verhältnis zu unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie zum jüdischen

Leben und der daraus erwachsenden ständigen politischen Verantwortung diskutiert.

Wir haben uns entschieden gegen Antisemitismus positioniert und die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis und der Shoah wachgehalten, um aus dieser Geschichte, unserer Geschichte, zu lernen.

Wir haben notwendige politische Maßnahmen und Programme diskutiert und auf den Weg geschickt. Wir haben das Existenzrecht Israels betont und, wenn notwendig, auch verteidigt.

Wir haben die wachsenden Sorgen und Ängste unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger mehr als ernst genommen und gemeinsam mit ihnen nach Wegen gesucht, Vorurteile abzubauen, Begegnungen zu ermöglichen und Gemeinsamkeiten zu stärken, um objektive wie subjektive Sicherheiten herzustellen.

Wir haben auch das Amt einer Antisemitismusbeauftragten eingerichtet. Es wird am Aufbau einer Meldestelle gearbeitet. Wir konzentrieren unsere politische Arbeit auf die Bewahrung und Ermöglichung des sicheren jüdischen Lebens im ganz normalen Alltag.

Wir tun viel, aber wir haben nie so richtig miteinander gefeiert. Unsere politischen Debatten waren und sind bislang häufig und zu Recht mit den verschiedenen Erinnerungstagen, dem unübersehbar gestiegenen Antisemitismus oder mit den menschenverachtenden und brutalen Übergriffen, Anschlägen und Überfällen verknüpft.

Das war, ist und bleibt richtig und notwendig. Es ist gut, es ist richtig, es ist wichtig; aber wir konzentrieren damit unser Verständnis von jüdischem Leben manchmal zu stark auf die Shoah, den Gegenwartsantisemitismus und rechtsextreme und antisemitische Straftaten und Terrorakte.

Deshalb ist es ausgesprochen schön und für uns als Gesellschaft auch wichtig, dass wir mit dem Jubiläum „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ eine Chance haben, uns mit der langen Geschichte des Judentums in Deutschland, mit der jüdischen Kultur und Literatur, mit jüdischem Leben, mit der Religion, mit den Festen, mit den Gebräuchen und mit den Ritualen auseinanderzusetzen, also mit dem, von dem wir eigentlich viel zu wenig wissen.

Im 21. Jahrhundert reden wir aber auch über die Wünsche und Hoffnungen, die Erwartungen und Lebensrealität der Jüdinnen und Juden in unserer Zeit. Das Jubiläum „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ weitet damit unseren Blick und unser Verständnis und macht deutlich, dass wir im kommenden Jahr das lebendige, vielfältige und facettenreiche jüdische Leben feiern können.

Die wechselvolle und lange Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland macht zudem deutlich: Unsere eigenen Wurzeln, unsere eigene Geschichte, unsere Kultur und auch unsere Religion sind untrennbar mit dem jüdischen Leben in Deutschland verbunden. Vielfach gründen sie auch darauf.

Deshalb hat der Verein „321“ ja auch sehr selbstbewusst in seinem Aufruf formuliert, dass Menschen jüdischen Glaubens länger in Deutschland leben als Christinnen und Christen und dass sie wesentlich dazu beigetragen haben, dieses Land aufzubauen und zum Blühen zu bringen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein paar der vielfältigen Aktionen und Aktivitäten, die der Verein bündelt, koordiniert und initiiert hat, aufführen. Ein Jahr und über 1.000 Events – so lautet das Motto. Da ist die Kölner Stadtbahn „Schalömchen“ oder „Deduschka“, ein Song von Ben Salomo, ein Podcast, den Sie vielleicht kennen, die Onlineausstellung „7 Places“, und viele Veranstaltungen von Volkshochschulen über Kirchengemeinden bis hin natürlich zu den jüdischen Religionsgemeinschaften.

Es gibt ein großes Kulturfest, und es wird den ökumenischen Kirchentag bestimmen. Es gibt eine Sonderbriefmarke. Man kann noch vieles aufzählen, das deutlich macht: Das Festjahr wird bunt. Es wird vielfältig. Es wird wertschätzend. Es wird vor allen Dingen begegnungsreich.

Auch wir in Nordrhein-Westfalen beteiligen uns daran. Es ist auch gut, dass der Bund, die Länder und auch unser Bundesland sich finanziell daran beteiligen.

Meine Fraktion verbindet mit dem heutigen Antrag die Erwartung, dass sich aus den Projekten des Jubiläumsjahres eine langfristige und nachhaltige Zusammenarbeit und Kooperation entwickeln, so wie es auch im Erläuterungsband zum Einzelplan 02 zu finden ist.

Es tut gut, und es ist gut, dass wir heute, zum Ende des Jahres 2020, gemeinsam mit dem Verein „321“ feststellen können: Wir vergessen nicht. Wir dulden nicht. Wir sind dankbar. Wir fordern eine aktive, zukunftsgerichtete Erinnerungskultur, und wir werden gemeinsam 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland feiern.

Mit diesem wichtigen Antrag sage ich unseren jüdischen Freundinnen und Freunden: Chanukka sameach. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Danke schön. – Die Kollegin Gödecke hat in ihrer Rede gerade mehrfach den Verein „321-2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ angesprochen. Wir haben heute auf der Besuchertribüne die Generalsekretärin, Frau Sylvia Löhrmann, und den 1. Vorsitzenden, Herrn Dr. Matthias Schreiber, sitzen und begrüßen beide sehr

herzlich in dieser Runde. Herzlich willkommen! Danke schön für Ihre segensreiche Arbeit!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Als nächste Rednerin darf ich für die Fraktion der Grünen die Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer hier vorne begrüßen.

Verena Schäffer[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Oktober dieses Jahres präsentierten die Stadt Köln, die Jüdische Gemeinde und die KVB eine Straßenbahn mit dem Aufdruck „Schalömchen Köln“. Ich finde, dass das eine sehr coole, sehr schöne Idee ist.

Eine solche Straßenbahn, die auf den zentralen Linien der KVB durch die Stadt Köln fährt, ist auch ein Statement. Es ist ein Statement dafür, dass jüdisches Leben mittendrin und ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft ist, und das seit mindestens 1.700 Jahren.

Diese 1.700 Jahre sind eine wechselvolle gemeinsame Geschichte – eine Geschichte, in der Menschen jüdischen Glaubens diese Gesellschaft maßgeblich gestaltet, geprägt und auch verändert haben, aber auch eine Geschichte, in der Jüdinnen und Juden immer wieder gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt waren.

Ich erinnere hier unter anderem an die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung während der Zeit der Kreuzzüge. Der Hass der Kreuzfahrer gegen Nichtchristen richtete sich ganz maßgeblich gegen Jüdinnen und Juden im eigenen Land. Daran hatte auch die Kirche einen Anteil. Als die Pest in Europa grassierte, wurde der Mythos der Brunnenvergiftung gesponnen. Das sind übrigens antisemitische Bilder, die bis heute in verschiedenen Abwandlungen genutzt werden; ganz aktuell bei den derzeitigen Demonstrationen gegen die Coronaschutzmaßnahmen.

Judenhass und Antisemitismus ziehen sich durch die deutsche Geschichte. Sie führten zu den menschenverachtenden, furchtbaren Gräueltaten und der Vernichtungsmaschinerie des NS-Regimes. Dass so viele Bürgerinnen und Bürger bei diesem Fanatismus mitgemacht oder zumindest diesem Hass nichts entgegengesetzt haben, erschüttert uns immer wieder.

Das Festjahr 2021 ist deshalb auch ein Jahr der Mahnung. Dieser menschenverachtenden und tödlichen Ideologie des Antisemitismus muss immer und an jeder Stelle widersprochen werden, und antisemitische Straftaten müssen geahndet werden.

Das Festjahr 2021 ist aber vor allem auch ein Jahr, in dem wir das vielfältige und reiche jüdische Leben in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen feiern wollen. Wir alle wissen, dass unsere Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte ohne den Beitrag von Jüdinnen und Juden anders aussehen würde. Menschen wie Hannah Arendt oder Albert Einstein haben unser Denken und unsere Gesellschaft nachhaltig geprägt. Ich bin mir auch sehr sicher, dass die heutigen Kunst- und Kulturschaffenden jüdischen Glaubens unverwischbare Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen werden.

Jüdinnen und Juden bringen als Teil dieser Gesellschaft ihre vielfältigen Perspektiven und Ideen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein. Damit legen sie auch immer wieder den sprichwörtlichen Stachel in die Wunde. Es ist ja auch kein Zufall, dass die Beratungsstelle zu Antisemitismus und Rassismus in Düsseldorf SABRA heißt; „Sabra“ ist das hebräische Wort für „Kaktus“.

Bei dem Festjahr 2021 geht es darum, den Beitrag von Jüdinnen und Juden in unserer Geschichte und Gegenwart zu würdigen und deutlich zu machen, dass unsere gesamte Gesellschaft ein Interesse an dem pulsierenden jüdischen Leben hat. Es geht darum, jüdisches Leben sichtbar zu machen.

Meines Erachtens muss es auch darum gehen, einer breiteren Bevölkerung jüdische Tradition, Kultur und Religion näherzubringen und sie für sie erfahrbar zu machen.

Das Festjahr wird außerdem davon leben, dass aus der Zivilgesellschaft sehr viele Beiträge kommen werden. Das ist ebenfalls wichtig.

Die demokratischen Fraktionen haben einen gemeinsamen Neudruck des Ursprungsantrags und einen gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht. Mit dem Änderungsantrag wird die Landesregierung beauftragt, einen Kooperationsvertrag mit dem Verein „321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“, der schon mehrfach hier genannt wurde, zu schließen. Damit machen wir nicht nur die Unterstützung für diesen Verein noch einmal sehr deutlich und sichtbar, sondern schließen auch einen Vertrag bezüglich der Aktivitäten im kommenden Jahr.

Ich bin froh, dass wir das gemeinsam machen konnten, und möchte mich den guten Wünschen für die Chanukka-Festtage, die noch bis Freitag andauern, sehr gerne anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und Markus Diekhoff [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Seifen.

Helmut Seifen[*)] (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass zur Weihnachtszeit ein Antrag debattiert wird, in dem die über Jahrhunderte währende Anwesenheit von Ju-

den in Deutschland gefeiert und ihre Leistung gebührend gewürdigt wird, ist mehr als sinnfällig. Denn das Christentum schöpft seine Erlösungsgewissheit, die frohe Botschaft, einzig und allein aus der Messiashoffnung der Juden und aus der Vorstellung, dass mit dem Knaben Jesus in der Regierungszeit des römischen Kaisers Augustus im Staate Israel ebendieser Messias, der Heiland der Welt, geboren wurde. Ohne jüdische Geschichte, ohne jüdische Theologie und ohne die jüdische Heilssehnsucht und Erlösungshoffnung durch einen Messias sind das Christentum und seine Heilslehre undenkbar.

Trotz der scheinbar unüberwindlichen Grenzen, die das Staatskirchentum der christlichen Kirche im Mittelalter und in der frühen Neuzeit zum Judentum unerbittlich zog, gab es weiterhin das geistige Band zwischen den beiden Religionen. Theologen lernten auf jeden Fall die hebräische Sprache und studierten eifrig das Alte Testament. Sie waren also mit einem Teil der jüdischen Denkweise vertraut. So konnte das geistige Band zwischen den Vertretern des Christentums zum Judentum schnell wieder aufgenommen werden, als sich im 18. Jahrhundert durch die Aufklärungsbewegung und den Neuhumanismus die Wiederentdeckung weiterer geistiger Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Judentum immer neue Räume in der Öffentlichkeit eroberte.

Mit dem Drama „Nathan der Weise“ erschloss Lessing einem breiteren Publikum den geistig-religiösen Raum, den Christentum und Judentum gleichermaßen bewohnen. Seinem Freund Moses Mendelssohn setzte er damit ein herausragendes Denkmal zu einer Zeit, in der Juden in der Regel noch in diskriminierenden Verhältnissen leben mussten.

Deutlich wurde den Zuschauern des Dramas bei seiner Uraufführung 1783 in Berlin vor Augen geführt, dass Juden und Christen durch das gemeinsame Gottesbild miteinander verbunden sind und dass sie aus diesem gemeinsamen Gottesbild heraus ähnliche oder gleiche Vorstellungen über das Wesen des Menschen und über den Bau einer gerechten Gesellschaft entwickeln.

Gottesbild, Menschenbild und Gesellschaftsbild beider Religionen sind so ähnlich oder im Grunde genommen gleich, dass sich in den Berliner Salons wie dem der Jüdin Varnhagen von Ense am Ende des 18. Jahrhunderts Dichter, Naturforscher, Politiker, Gesellschaftsgrößen und Aristokraten auf einer Ebene begegneten und sich miteinander über Religion, Philosophie, Politik und Gesellschaft austauschen konnten.

Herder betonte 1803 – Zitat –: Wer denkt bei Spinozas und Moses Mendelssohns philosophischen Schriften daran, dass sie von Juden geschrieben wurden? Die Juden arbeiten mit am Bau der Wissenschaften und der Gesamtkultur der Menschheit. Nicht auf den nackten Bergen Palästinas stünde da geistig ihr Tempel. Ihr Palästina ist sodann da, wo sie leben und edel wirken.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen aus den Fesseln diskriminierender Lebenshaltungen immer mehr befreit, wirkten Juden im 19. Jahrhundert auf allen Feldern von Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie beim Aufbau eines modernen Deutschlands – erst in den Ländern und dann im 1871 vereinigten Deutschland – mit.

Beispielhaft zu nennen wäre Lessings jüdischer Freund Simson Alexander David, der mit seiner „Deutschen Reichs- und Staats-Zeitung für den Geschäfts- und Weltmann“ ab Januar 1797 im Sinne der Aufklärung wirkte und enger Berater des späteren Staatsministers Preußens Karl August von Hardenberg war, der dann die preußischen Reformgesetze eingeleitet hat.

Zu nennen wäre Johann Jacoby aus Königsberg, der 1840 mit seiner Schrift über die moderne Verfassung einer konstitutionellen Monarchie in Preußen auf einen Schlag in Deutschland berühmt wurde und über den 30 Jahre später geschrieben wurde – ich zitiere –:

> „Als wir alle noch in politischer Finsternis lebten, trat J. J. aus dem Dunklen hervor, fertig, klar, glänzend, kühn und ward der Schöpfer des politischen Lebens in Preußen.“

Das wurde 1870 über den Juden Johann Jacoby aus Königsberg geschrieben, der zwar ein erbitterter Gegner Bismarcks, aber hoch anerkannt in Deutschland war.

Unbedingt zu nennen ist auch Gerson von Bleichröder, ohne den die Politik Bismarcks wohl so überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Das vergessen die meisten; auch die meisten Bismarck-Verehrer vergessen das. Mit ihm konnte sich Deutschland auf unzählige patriotische Juden verlassen, die auch noch da, wo sie wie Johann Jacoby die Regierenden kritisierten, glühende Verfechter eines demokratischen Deutschlands waren.

Es war die Geisteskraft des Neuhumanismus, welche die Brüder und Schwestern im Geiste, Christen und Juden, zusammenführte zum Aufbau einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft, und es war der Ungeist barbarischer Gewalt, der dieses Band brutal zerriss.

(Beifall von Roger Beckamp [AfD])

Wenn Sie also Weihnachten das Knie beugen vor dem göttlichen Kind – entweder innerlich oder äußerlich –, dem Spross aus der Wurzel Jesse, dann beugen Sie stellvertretend auch das Knie vor den Leistungen der zahllosen Juden, die mitgeholfen haben, dass Deutschland seinerzeit zu den größten Hoffnungen berechtigt war.

Der vorliegende Antrag und die Reden, die vor mir gehalten worden sind, bringen das zwar nur sehr

unvollkommen zum Ausdruck. Nichtsdestotrotz stimmen wir selbstverständlich dem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Dr. Stamp in Vertretung für Herrn Ministerpräsidenten Laschet das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Am 11. Dezember 321 erließ Kaiser Konstantin ein Dekret, das Juden den Zugang zu Ämtern in der Kurie und der Stadtverwaltung Köln erlaubte. Dieses Edikt ist die früheste erhaltene schriftliche Quelle zur Existenz von Jüdinnen und Juden nördlich der Alpen. Im kommenden Jahr begehen wir daher das 1.700-jährige Bestehen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

Der Antrag, den die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen hier nun gemeinsam vorlegen, würdigt zu Recht dieses besondere Jubiläum, das die lange Geschichte des Judentums in Deutschland deutlich macht.

Vor dem Hintergrund der wieder vermehrt auftretenden antisemitischen Vorfälle setzt das Festjahr ein besonderes Zeichen gegen Antisemitismus. Anlass für Ressentiments ist oft die Furcht vor dem Fremden. Der Abbau von Vorurteilen ist ein erster und wichtiger Schritt, um vermeintlich Fremdes vertraut zu machen.

Mit dem Festakt 2021 haben wir die Chance, jüdisches Leben und jüdische Kultur einer breiten Öffentlichkeit deutschlandweit zu präsentieren. Es geht darum, nicht nur den Blick auf die Geschichte der Verfolgung von Juden zu richten, sondern vor allem den Beitrag des jüdischen Lebens in seiner ganzen Vielfalt zu unserer Gesellschaft und Kultur aufzuzeigen, greifbar und ansehbar zu machen.

Aus Anlass des Festjahres hat sich der Verein „321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“ gegründet, um Veranstaltungen und Projekte anzustoßen oder selbst zu organisieren. Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich dieses Vorhaben und hat den Verein dabei unterstützt, seine Wirkung über Köln und Nordrhein-Westfalen hinaus zu entfalten.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung beauftragt werden, in Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Verein Projekte in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln und zu fördern, um das Festjahr angemessen zu begehen. Dieses Anliegen unterstützt die Landesregierung aus Überzeugung und aus ganzem Herzen, und wir sind bereits in der Umsetzung.

Die Landesregierung ist, wie ich eben angedeutet habe, bereits tätig gewesen. Der Verein wird aus bereiten Mitteln der Staatskanzlei mit 600.000 Euro über drei Jahre gefördert. Auch viele andere Ressorts unterstützen den Verein und planen vielfältige Veranstaltungen und Maßnahmen für das Jubiläumsjahr, teils selbstständig, teils ganz bewusst in Zusammenarbeit mit dem Verein.

Die Landesregierung ist mit Blick auf das Festjahr also sehr gut aufgestellt. Gerne nehmen wir aber den Auftrag an, die Zusammenarbeit mit dem Verein weiter zu vertiefen. So erarbeiten wir die im Antrag genannte Kooperationsvereinbarung. Das ist im Änderungsantrag noch einmal ausdrücklich von den vier Fraktionen herausgestellt worden. Daran arbeiten wir bereits. Wir unterstützen die Anliegen und die geplanten vielfältigen Aktivitäten.

Die Landesregierung freut sich auf das Jubiläumsjahr und wird es nach Kräften unterstützen, um den Beitrag jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft deutlich zu machen. Denn das jüdische Leben in Deutschland hat nicht nur eine große Geschichte. Wir arbeiten alle gemeinsam daran, dass es auch eine gute und große Zukunft hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12156 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides gibt es nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/12156** einstimmig **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12051 – Neudruck – in der soeben geänderten Fassung ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides gibt es nicht. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12051** in der soeben geänderten Fassung **angenommen**.

Ich rufe auf: